

MOTION

**der UDC-Fraktion, durch Grossrat Charles Clerc und Grossrätin (Suppl.) Anne Luyet,
betreffend: Führt der Weg der Rechtschaffenheit übers Portemonnaie? (13.03.2012)
2.216**

An einem Samstagabend in Monthey hat eine Bande von Jugendlichen die Polizei mit Steinen, Flaschen und verschiedenen Gegenständen beworfen. Hierbei handelt es sich nicht mehr um Fiktion oder um eine Fernsehreportage über französische Vorstädte. Das geschieht bei uns, hier im Wallis.

Die Tatsache, dass Ganovenbanden Polizeibeamte mit Steinen bewerfen ist schlicht und einfach inakzeptabel.

Was können wir als Kantonsparlamentarier tun, um dieses bei uns neue Phänomen zu bekämpfen, wir, die wir weder das Bundesrecht ändern noch uns in die Arbeit der Justiz einmischen können?

Die UDC-Fraktion ist der Ansicht, dass die gesetzlichen Vertreter angesichts der von diesen Jugendlichen begangenen Delikten stärker in die Pflicht genommen werden müssen.

Um das Bewusstsein der Eltern zu wecken und sie in unseren Kampf gegen die Jugendkriminalität einzubeziehen, müssen wir dort durchgreifen, wo es weh tut, nämlich beim Portemonnaie.

Mit dieser Motion fordert die UDC-Fraktion den Staatsrat auf, die nötigen Gesetzesänderungen vorzunehmen, um die Auszahlung der kantonsrechtlichen finanziellen Leistungen (Familienzulagen, Sozialhilfe usw.) an die betroffenen Eltern auszusetzen.

Sitten, den 13. März 2012
(11.20 Uhr)

UDC-Fraktion, durch
Charles Clerc, Grossrat
Anne Luyet, Grossrätin (Suppl.)